

Volksentscheide zur Enteignung der Kriegs- und Nazi-Verbrecher

Eine historische Zäsur

In einigen europäischen Staaten fanden 1946 Volksentscheide statt, in denen über privatkapitalistisches Eigentum entschieden wurde. In Sachsen wurde am 30. Juni 1946 über die Enteignung von Kriegs- und Nazi-Verbrechern abgestimmt, in Hessen am 1. Dezember 1946 über den Artikel 41 der hessischen Verfassung. Am Volksentscheid in Sachsen beteiligten sich 93,71 % aller Wahlberechtigten.

Für die Überführung dieser Betriebe in Volkseigentum stimmten 77,62 %, dagegen 16,56 %, ungültig waren 5,82 %.

In Hessen wurde über den Artikel 41 der Landesverfassung entschieden. Er lautet: „Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden

1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohle, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen;
2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet die Großbanken und Versicherungsunternehmen ...“

Für diesen Artikel stimmten 71,9 %, für den Verfassungsentwurf 76,6 % der Wähler.

Das war ein gleiches demokratisch dokumentiertes Votum für den Bruch mit der faschistischen Vergangenheit und für die Errichtung einer neuen Demokratie wie in Sachsen.

Doch der amerikanische Generalgouverneur Lucius D. Clay erklärte: „In einer Zeit, in der die USA so viel Geld aus eigener Tasche zahlen, um Deutschland zu unterstützen, haben sie das Recht, ihre Meinung zu sagen und Experimente nicht zuzulassen.“ So las man es am 16. August 1946 in der „Neuen Ruhrzeitung“. Das war ein faktisches Verbot für die Anwendung des Artikels dieses Verfassungsentwurfs. Indessen bewies die Tatsache, daß Volksentscheide in Hessen und Sachsen sowie parallele Bestrebungen anderenorts, beispielsweise in Berlin, stattfanden, zunächst einmal, daß es eine breite Zustimmung zu der Forderung gab, die Wurzeln von Krieg und Faschismus auszureißen. Zu diesen ökonomischen Wurzeln gehörten zweifellos Teile des deutschen Imperialismus, die Hitler in die Regierung gehievt und den Faschismus als Mittel zur Durchsetzung ihrer innen- und außenpolitischen Ziele und Interessen eingesetzt hatten.

Diese Erkenntnis war 1945/46 Leitlinie der Politik der Siegermächte wie auch Schwerpunkt in programmatischen Erklärungen aller großen deutschen Parteien.

Das Potsdamer Abkommen, die Prinzipien des in Nürnberg zusammengetretenen Militärtribunals und die Bestimmungen der

UNO-Charta verfolgten dasselbe Hauptziel: Der Faschismus und dessen Hintermänner dürfen nie mehr zu einer Gefahr für die Welt werden.

In der Rede des US-Hauptanklägers im Nürnberger Prozeß heißt es: „Ohne die Zusammenarbeit der deutschen Industrie und der Nazi-Partei hätten Hitler und seine Parteigenossen niemals die Macht in Deutschland



Die Profiteure von Zwangsarbeit und Häftlingsausbeutung (auf unserem Foto französische Häftlinge im KZ Mittelbau-Dora) sollten enteignet werden.

ergreifen und festigen können, und das Dritte Reich hätte nie gewagt, die Welt in einen Krieg zu stürzen.“

Damals war zeitweilig auch die USA-Regierung partiell an dieser Politik beteiligt. Das wird u. a. durch die „schwarze Liste“ des Kilgore-Ausschusses des USA-Senats vom 11. Oktober 1945 bestätigt, auf der 42 Vertreter der Schwerindustrie und Hochfinanz als Kriegsverbrecher aufgelistet worden waren, darunter Friedrich Flick, Alfred Hugenberg, Florian Klöckner, Georg von Schnitzler, Hugo Stinnes und Karl Rasche.

Einige, so Krupp und Flick, saßen auf der Nürnberger Anklagebank, die Untaten anderer werden erst jetzt genauer erforscht, z. B. die Rolle Karl Rasches als Verbindungsmann der Dresdner Bank zu Himmlers SS, bei der „Arisierung“ jüdischen Eigentums und bei der Ausplünderung okkupierter Völker.

Die Parteien – CDU, SPD, KPD, FDP/LDPD und andere – konnten weder ihre Vergangenheit noch die entstandene Situation außer acht lassen. Im Hinblick auf ihre Stellung zu Monopolen und Banken fällt auf: „Es ist erstaunlich, daß die Intentionen der deutschen Parteigründer in allen vier Besatzungszonen keine großen Unterschiede aufwiesen.“

Die CDU Adenauers formulierte das in ihrem Ahlener Programm vom 3. Februar 1947 so: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund

auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres

Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

„Besonders populär sind planwirtschaftliche Erwägungen mit einer Vorliebe für die Enteignung von Industriebetrieben und Banken“ schrieb Konrad Adenauer in einem Leserbrief, der am 18. Mai 1946 vom „Neuen Deutschland“ veröffentlicht wurde.

Kurt Schumacher forderte in den politischen Richtlinien für die SPD im Juli 1945: „Aus dem Klassencharakter des Nazismus ergibt sich zu seiner Überwindung als Konsequenz: der Sozialismus. Die Voraussetzung ist die völlige Zerbrechung der finanzkapitalistischen, imperialistischen

und militärischen Linie. Die Arbeit kann sich nicht im Negativen erschöpfen. Das positive Ziel und einzige ausreichende Sicherung gegen die Wiederkehr solch volkszerstörender und weltgefährdender Kräfte ist die Änderung der ökonomischen und gesellschaftspsychologischen Voraussetzungen der deutschen Politik.“

In einer „Spiegel“-Serie über die deutsche Nachkriegsentwicklung, die Ende 2005 veröffentlicht wurde, findet der Leser in der Nr. 50/2005 bemerkenswerte Feststellungen: „Kurt Schumachers SPD sicherte sich die Arbeiterklasse mit dem Versprechen, daß die Konsequenz aus der dunklen Vergangenheit nichts anderes sein könne als ein demokratischer Sozialismus.“

Dieses Ziel stand im Berliner Programm der SPD vom Dezember 1989, mit dem die Partei in die deutsche Einheit ging.

Die KPD sah sich in ihrer Verurteilung der imperialistischen Hintermänner des Faschismus bestätigt, lehnte aber eine sofortige Sozialisierung in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 ab: „Daher fordern wir: Keine Wiederholung der Fehler von 1918! Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion! Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!“

Hier kann nicht untersucht werden, ob und in welchem Maße bürgerliche Politiker Konzessionen an den damaligen „Zeitgeist“ machten, um zunächst einmal Zeit zu gewinnen, bis die Antihitlerkoalition zerbricht (was schon

Goebbels gehofft hatte). Sicher ist: Der Volksentscheid in Sachsen war ein notwendiger revolutionärer Schritt, ein Akt demokratischer Selbstbestimmung, aber keine „Sowjetisierung“ (Hermann Weber), „kommunistische Diktaturdurchsetzung“ (Mike Schmeitzner) oder „Stalinisierung“, wie ihn nun auch einige „Linke“ etikettieren.

Wer den Volksentscheid als politisch notwendigen, historisch und moralisch gerechtfertigten Schritt wertet, was Enteigneten und ihren Soldschreibern kaum möglich sein dürfte, müsste natürlich auch die subjektiven Bedingungen, den internationalen Kontext und die Langzeitwirkungen bedenken. Was die Bedingungen betrifft: Die Einheit der Arbeiterbewegung, im April 1946 hergestellt, war die erste und wichtigste Bedingung für den Erfolg des Volksentscheids und die Chance, sein Ergebnis zu verwirklichen.

Die SED war der Motor und der Kern des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien.

Auch in anderen Ländern – in der Tschechoslowakei, Polen, Italien, Frankreich, Griechenland – gab es nach 1945 eine breite Bewegung, in den neuen Verfassungen die Macht der Banken und Monopole zu überwinden oder zu beschränken. Das geschah keineswegs auf „Weisung Stalins“, sondern als Konsequenz aus eigenen historischen Erfahrungen.

In Italien proklamierte Lelio Bosso, ein führender Sozialist: Es herrscht keine Demokratie, „solange es wirtschaftliche und soziale Ungleichheit gibt“. Im Sozialkatholizismus gab es eine starke Strömung gegen das kapitalistische Eigentum.

In Frankreich wurde in Anlehnung an die Erklärung der Menschenrechte von 1789 über die Rolle des Privateigentums gestritten. Dieses müsse dem Wohl der Allgemeinheit untergeordnet werden. Erst bei einem Referendum vom 5. Mai 1946 wurde der Streit zugunsten des Vorrangs des Privateigentums mit einer knappen Stimmenmehrheit von 53 % entschieden.

In Großbritannien begann Mitte 1945 die Ära des „Labour-Sozialismus“. Er schloß die Verstaatlichung von Bergbaubetrieben, Schlüsselindustrien und Banken und ein umfassendes „Sozialprogramm“ ein, das mithelfen sollte, der Krise des Empire entgegenzusteuern und England zur Führungsmacht in Westeuropa zu entwickeln.

Die Tatsachen beweisen: Forderungen, die Macht der Monopole und Banken einzuschränken, gab es nicht nur östlich der Elbe. Und: Die Idee des Sozialismus war nach 1945 eine Hoffnung überall in Europa, nicht nur in sowjetisch besetzten Staaten. Die Angriffe auf die Sozialisierungsbestrebungen, nicht zuletzt als Reaktion auf den Volksentscheid in Sachsen, erfolgten



Dresdner Bürger diskutieren über den bevorstehenden Volksentscheid über die Enteignung der Kriegsverbrecher.



Stimmzettel zum Volksentscheid in Hessen vom 1.12.1946

auf unterschiedliche Weise. Auf die verulemderischen Thesen von der „Stalinisierung“ und „Sowjetisierung“ wurde bereits hingewiesen.

Wolfgang Leonhard, der seit Mai 1945 als Mitglied der „Gruppe Ulbricht“ selbst an der Gestaltung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung mitgewirkt hatte, schrieb rückblickend auf das Jahr 1946: „Erst in der zweiten Junihälfte gab es wieder Aufgaben – am 30. Juni 1946 sollte ein Volksentscheid für die Enteignung und Entmachtung der Kriegs- und Naziverbrecher im Lande Sachsen stattfinden. Der Volksentscheid am 30. Juni 1946 diente jedoch weniger dem Zweck, die schon vorher beschlossene Übergabe der Betriebe der Kriegs- und Naziführer in die Hände des Staates zu bestätigen, sondern es ging in erster Linie darum, ein Bild von der im Volke herrschenden Stimmung zu erhalten.“

Nach der „Wiedervereinigung“ versuchten damals Enteignete, die „Restitution“ durchzusetzen, von den Wettinern, die schon Mitte der zwanziger Jahre entschädigt worden waren, bis zu den Erben der Arzneimittelfirma Madaus in Radebeul.

In der Tat: Der Volksentscheid hatte im Osten Deutschlands auf demokratischem Wege eine radikale Umgestaltung der Eigentums- und Machtverhältnisse ermöglicht.

Beim Volksentscheid war über die Zukunft von 1181 Betrieben abgestimmt worden, die in das Eigentum des Landes Sachsen übergingen. Ihr Gesamtkapital wurde auf 1 024 952 000 RM beziffert.

Der Volksentscheid in Sachsen war zweifellos eine historische Zäsur in der Geschichte der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Ostdeutschland. Die neuen politischen Machtorgane erhielten eine stärkere ökonomische Basis. Die Möglichkeiten der kapitalistischen Kräfte zu Sabotage und Restauration wurden eingeschränkt. Die Volkswirtschaft konnte schrittweise geplant werden. Natürlich hob die Entstehung des Volkseigentums andere gravierende Nachteile gegenüber der Entwicklung in Westdeutschland nicht auf, so die Last der Reparationen, das Fehlen von Schwerindustrie, von Überseehäfen und andere ungünstige Faktoren.

Die DDR war „befehdet seit dem ersten Tag“, und viele Entscheidungen ergaben sich nicht aus ihrer sozialistischen Zielsetzung, sondern als Reaktion auf imperialistische Angriffe, insbesondere im Sicherheitsbereich. Dennoch wuchs die kleine Republik zum achtgrößten Industriestaat der Welt heran, der lange Zeit als Bastion des Friedens in Europa agieren konnte.

Der Volksentscheid in Sachsen vom Juni 1946 und seine zeitweilig segensreichen Folgen und Lehren sind aus der Geschichte nicht zu löschen.

Prof. Dr. Horst Schneider

Hätte die UdSSR ohne den Rüstungswettlauf überleben können?

Der Artikel „Blieb der Sozialismus in der UdSSR beim Rüstungswettlauf auf der Strecke?“ von Hermann Jacobs, erschienen im „RotFuchs“ (Februar 2016), beleuchtet aus politisch-historischer Sicht Entscheidungssituationen, vor denen sowjetische Politiker in der Partei- und Staatsführung von 1945 bis 1990 standen. Der Autor stellt fest, daß die großen Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion zu Lasten der gestellten sozialökonomischen Ziele (Lebensstandard, Infrastruktur, Kultur und Bildung) gehen mußten. Er schreibt, die Sowjetunion verzichtete „de facto auf das, was sie nicht mehr zu garantieren vermochte, ihren Anspruch, den Sozialismus weiter zu vervollkommen ...“ Die Bewertung der damaligen Jahrzehnte mit historisch bedeutsamen Entscheidungssituationen für die sowjetische Partei- und Staatsführung ist zweifellos vielschichtig und nicht einfach. Gab es aber wirklich keine andere Möglichkeit, der imperialistischen Bedrohung erfolgreich zu begegnen?

Für den amerikanischen Imperialismus gibt es seit Jahrzehnten in ungebrochener Kontinuität eine strategische weltpolitische Orientierung von zentraler Bedeutung: Die UdSSR war der Todfeind Nr. 1. Heute ist Rußland der erklärte Hauptfeind. Die Sowjetunion war die lebendige, praktisch sichtbare gesellschaftliche Alternative zum imperialistischen Herrschaftssystem mit großer internationaler Ausstrahlung. Für die USA war klar, ohne direkte militärische Konfrontation mußte das neue, sich im Auf- und Ausbau befindende Gesellschaftsmodell Sozialismus ernsthaft beschädigt und letztlich vernichtet werden. Das „Totrüsten“ war die ideale politische, ökonomische, finanzielle und technologische Keule, die nach 1945 alle Seiten der amerikanischen Politik beherrschte. Wesentliche Ausgangsgrößen für die Ausarbeitung der amerikanischen Strategie des Totrüstens waren Schwachstellen in der sowjetischen Wirtschaft und Wissenschaft, im Wirken der Partei und des Staates. Der enorme Rückstand im Niveau der Arbeitsproduktivität, die technologische Zurückgebliebenheit vieler Zweige der sowjetischen Industrie, die geringe Leistungsfähigkeit der sowjetischen Landwirtschaft und die nicht auf die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution eingestellte Leitung, Planung und Stimulierung der Betriebe und Forschungsinstitute waren unübersehbare Fakten.

Der aufgezwungene Rüstungswettlauf hat die Schwächen und Defizite des in der Sowjetunion praktizierten Sozialismusmodells erbarmungslos aufgedeckt und verschärft. Er



Im Rahmen der Alphabetisierungskampagne lernt ein Bauer lesen und schreiben.

hat zu massiven Umverteilungen von Kräften und Mitteln, zum Sparen und zum Streichen von volkswirtschaftlich bedeutsamen Projekten gezwungen. In Verantwortung für den



Parade des Sieges über den Faschismus, Moskau, 24. Juni 1945

Schutz des Vaterlandes, um ein zweites 1941 nicht zuzulassen, und für die Sicherung des Weltfriedens lagen die Rüstungsausgaben der UdSSR 20 Jahre lang beträchtlich über denen der USA. Im Zeitraum 1971 bis 1988 waren das pro Jahr im Durchschnitt 35 Mrd. Dollar Mehrausgaben. Die Dimension der Belastung für die sowjetische Volkswirtschaft kann an zwei Zahlen abgelesen werden: Im Jahr 1980

wurden Kräfte und Mittel in Höhe von 201 Mrd. Dollar für die Rüstung eingesetzt. Dieser gewaltige Rüstungsetat wurde bis 1988 auf 317,9 Mrd. Dollar erhöht. Bis 1960 war die UdSSR den USA hinsichtlich der Anzahl einsatzfähiger atomarer Sprengköpfe hoffnungslos unterlegen. 20 434 atomaren Sprengköpfe der USA standen 1605 auf sowjetischer Seite gegenüber. Der Rückstand wurde im Verlauf von 20 Jahren mehr als wettgemacht. Die U-Boot-Flotte war eines der schärfsten Schwerer zur Verteidigung der UdSSR. Bis Ende der 80er Jahre stellte die Sowjetunion den amerikanischen Seestreitkräften eine Vielzahl von Atom-U-Booten verschiedenster Zweckbestimmung mit gewaltiger militärischer Schlagkraft entgegen. So wurden ca. 140 strategische Atom-U-Boote, geeignet für den Abschuss ballistischer Raketen und von Marschflugkörpern, in Dienst gestellt. Daneben waren ca. 75 atomar angetriebene Jagd- bzw. Mehrzweck-U-Boote im Einsatz. In diesem Zeitraum wurde auf den Gebieten Atomwaffen, Raketentechnik, Kampfflugzeuge und U-Boote überragend demonstriert, daß die USA nicht mehr alleiniger Beherrscher des Weltraums, der Ozeane und der Luft sind. Die Parität im Rüstungswettlauf bei den strategischen Waffensystemen hat ausschließlich die UdSSR gesichert. Die anderen RGW-Staaten konnten aufgrund ihrer geringen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potentiale dazu nur einen minimalen Beitrag leisten. Das trug dazu bei, daß die sowjetische Volkswirtschaft bis an die Grenze der Belastbarkeit gefahren werden mußte. Die sowjetische Führung hat vor den enormen Herausforderungen der vom Imperialismus initiierten Hochrüstung nicht kapituliert. Unter größten Anstrengungen wurde die waffentechnische Parität weitgehend gesichert, und in Kombination mit einer geschickten Diplomatie wurden dem Imperialismus seine Grenzen aufgezeigt. Diese Politik mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Entwicklung

modernster Waffentechnik, für die Organisation der Landesverteidigung, für die Gewährleistung eines hohen Versorgungsgrades der Armee ist von bleibender historischer Bedeutung. Aber eine das Schicksal des Sozialismus sichernde Strategie wurde nicht entwickelt. Der Rüstungswettlauf war der langandauernde, unüberhörbare Weckruf, die sowjetische Gesellschaft, die

Volkswirtschaft politisch, ökonomisch und sozial grundlegend zu reformieren, auf eine neue Stufe zu heben. Es gab mit den Gedanken von Libermann und anderen Ökonomen und Philosophen hinreichend Anregungen und Konzepte, wie das erstrebte Sozialismusmodell und die wissenschaftlich-technische Revolution zu einer wirksamen Einheit hätten verschmolzen werden können. Es war die Zeit herangereift, unabhängig vom Rüstungswettlauf neue Ideen auf neue Art und Weise hervorzubringen und schnell zu materialisieren, alle Ressourcen des Landes sparsamer und effizienter zu nutzen, der Arbeitsproduktivität und der Qualität der Arbeit und der Produkte eine andere Wertigkeit im betrieblichen Alltag einzuräumen und auch anders zu vergüten, die Volkswirtschaft zu einem ökonomisch und finanziell starken Unterbau für die Rüstungsproduktion auszubauen. Die Sowjetunion mußte sich so oder so mit ihrem Sozialismusmodell dem internationalen ökonomischen Wettbewerb stellen und seine vorhandenen Stärken in der Praxis nachweisen.

Für diese grundlegend neue, weitreichende Ausrichtung der sowjetischen Gesellschaft als Gegenstrategie zur imperialistischen Vernichtungsstrategie gab es durch die Parteitage der KPdSU und durch die Tagungen des Obersten Sowjets genügend große qualifizierte Foren, auf denen Weichenstellungen hätten vorgenommen werden können. Schon 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU wäre das möglich gewesen. Leider war die Orientierung rückwärtsgerichtet. Die später unter der Federführung von Gorbatschow proklamierten Maßnahmen und Veränderungen waren meilenweit von einer notwendigen Weichenstellung für die sowjetische Wirtschaft und Gesellschaft entfernt. Sie waren weitgehend destruktiven Charakters.

Es waren Versäumnisse strategischer Dimension mit tragischem Ausgang von welthistorischer Bedeutung. Objektiv betrachtet hat die sowjetische Führung mit ihrer Politik der Fortführung des bisher Bewährten, mit dem Verdrängen anstehender Probleme und Konflikte und ihrer Scheu vor den Risiken des Neuen in der Wirtschaft und im Alltagsleben der Sowjetbürger das Wirken der amerikanischen Vernichtungsstrategie erleichtert. Im Denken der maßgeblichen Politiker in der Partei und im Staatsapparat war nicht ausgeprägt, daß die Dynamik einer gesellschaftlichen Ordnung nur dann gesichert werden kann, wenn all ihre Bestandteile ständig qualitativ vervollkommen werden, wenn kontinuierlich nach besseren Lösungen gesucht wird. Eine realistische Sicht auf die damalige Zeit vermittelt aber auch die Erkenntnis, daß die grundlegende Reformierung der Wirtschaft und des Staates unter dem Schirm der Hochrüstung im Kalten Krieg unvergleichlich größere Anstrengungen erfordern hätte, als die Parität im Rüstungswettlauf zu sichern. Diese Schritte in Richtung Reformen hätten der Wirtschaft und der Wissenschaft



Juri Gagarin, der erste Mensch im Weltraum

nicht nur einen großen Schub gebracht, viele rüstungsspezifische Entscheidungen hätten materiell-technisch, ökonomisch und finanziell besser geordnet werden können. Für die politische Umsetzung von zwei so großen gesellschaftlichen Orientierungen – grundlegende Reformschritte durchsetzen und mithalten im Rüstungswettlauf, ohne in die Defensive zu geraten – waren ohne Zweifel wichtige Voraussetzungen gegeben. Viele Millionen hochqualifizierter technischer und ökonomischer Kader sowie der reiche Erfahrungsschatz und das kritische Urteilsvermögen Zehntausender Wirtschafts- und Wissenschaftspraktiker wären wichtige kreative Potentiale gewesen. Historisch gesehen gab es in der KPdSU große politische Erfahrungen bei der Mobilisierung der Bevölkerung für die Durchsetzung bedeutsamer vaterländischer Ziele. Im Zentrum einer solchen Mobilisierung hätte das Ziel stehen müssen, mit einer sozialistischen Marktwirtschaft und einer von den Massen gewünschten wirksamen parlamentarischen Demokratie – ohne Aufgabe der Führungsrolle der KPdSU – dem Imperialismus ökonomisch, finanziell und waffentechnisch die Stirn zu bieten.

Die amerikanische Strategie des Totrüstens hat nicht das Schicksal des Sozialismus in der UdSSR und in den anderen RGW-Ländern besiegelt, wohl aber beschleunigend auf seinen Untergang gewirkt. Die Ursachen des Scheiterns liegen im Zustand der Volkswirtschaften, ihrer fehlenden Dynamik, im Wirken der Partei und des Staates, in der fehlenden Anziehungskraft der Formen und Methoden sozialistischer Demokratie. Die sowjetische Antwort auf die amerikanische Strategie war absolut unverzichtbar und hat bis 1990 maßgeblich den Weltfrieden

gesichert. Sie enthielt aber keine zukunftssichernden Elemente für den Sozialismus, blieb weitgehend waffentechnischer, militärorganisatorischer und administrativer Natur.

Im Auflösungsprozeß der UdSSR in den Jahren 1989 bis 1990/93 haben Gorbatschow und Jelzin allen sowjetischen Anstrengungen zur Sicherung der waffentechnischen Parität mit dem amerikanischen Imperialismus eine große, gefährliche Lüge übergestülpt, die ihrem Charakter nach Vaterlandsverrat war: Mit der politischen Leitlinie, vom Imperialismus gehe Ende des 20. Jahrhunderts keine Gefahr für den Sozialismus mehr aus, wurde die sowjetische Rüstungsindustrie als verzichtbar, ja zum Ballast am Körper der Volkswirtschaft erklärt. Während die USA im Jahre 1989 militärische Rekordausgaben von 294,8 Mrd. Dollar realisierten, wurden in der Sowjetunion gerade noch 119,4 Mrd. Dollar für die Rüstung ausgegeben. Die Schere in den Rüstungsausgaben der beiden Länder ging bis 1993 immer weiter auseinander. Der Rüstungsetat der USA betrug 1993 277,2 Mrd. Dollar, der Rußlands hatte nur noch ein Volumen von 29,1 Mrd. Dollar. Neue Waffensysteme wurden nicht mehr entwickelt, vorhandene Militärtechnik wurde nicht mehr modernisiert, das gesamte Kriegsgerät auf Verschleiß gefahren. Die unter Gorbatschow und Jelzin eingeleitete totale Vernachlässigung und Diskriminierung eines entscheidenden Sicherheitsfaktors des Sozialismus war ein Geschenk an den Imperialismus. Die große Leistung zur Sicherung der waffentechnischen Parität über viele Jahrzehnte hinweg wurde auf dem Altar einer erbärmlichen politischen Kapitulation vor dem Imperialismus in den Dreck getreten.

Es gehört mit zu den Verdiensten von Wladimir Putin, nicht nur dem Rohstoffraub durch amerikanische Konzerne auf russischem Territorium einen Riegel vorgeschoben zu haben, sondern – in Anknüpfung an große Traditionen der sowjetischen Rüstungsindustrie – der waffentechnischen Entwicklung, dem Militär, der Organisation der Landesverteidigung schrittweise wieder den Platz einzuräumen, der einer Großmacht gebührt.

Für das kapitalistische Rußland heute sind die amerikanischen Rüstungsziele nicht weniger gefährlich als zu Zeiten der Sowjetunion. Die Situation ist in vieler Hinsicht sogar noch komplizierter und schwieriger geworden. Der weiter bestehende und stark belastende Rohstoffexportfluch, die Zwänge und Sanktionen durch das von den USA beherrschte Finanzsystem, die nicht mehr nutzbaren Potentiale der ehemaligen Sowjetrepubliken und die fortschreitende Einkreisung Rußlands durch die NATO haben den Schwierigkeitsgrad für die Verteidigung des großen Landes zweifelloser erhöht. An eine Kapitulation vor dem US-Rüstungswahn mit seinen höchst aggressiven und erpresserischen Seiten und Folgen wird aber offensichtlich in Rußland nicht gedacht.

Prof. Dr. Achim Dippe